

Fachbereich/Fachdienst IV/1 FD Haushalt und Abgaben IV/1	Datum 07.12.2012	Vorlagen-Nr. XVII/0248 B01 / S01
--	---------------------	--

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Beratungsergebnis	Abstimmungsergebnis			geänderte Beschluss- empfehlung
			Ja	Nein	Enth.	
Fraktion						
Verwaltungsausschuss	11.12.2012					
Rat der Stadt Barsinghausen	13.12.2012					

Beschluss des Entschuldungsvertrages

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Barsinghausen stimmt dem Vertrag mit dem Land Niedersachsen zur Erreichung nachhaltiger Haushaltskonsolidierung (Entschuldungsvertrag) in der anliegenden Fassung zu.

Beteiligung Rechnungsprüfungsamt
Stellungnahme:

Unterschrift Verwaltungsvorstand BM/ESTR

Haushaltsmittel:

Produkt					
Nummer	Bezeichnung				
P1.611001	Steuern, allgem. Zuweisungen, allgem. Umlagen				
Ergebnishaushalt					
HH-Jahr	Haushaltsposition	HH-Ansatz	Noch verfügbare Mittel	Ertrag / Aufwand	Jährl. Folgekosten
2014	Außerordentliche Erträge	12.700.000 €	€	€	€
Erläuterung:					

HSK:

Auswirkungen auf Haushaltssicherung

Gesamtkonsolidierungssumme		
wird nicht verändert	wird erhöht um	wird verringert um
X	€	€

Beteiligungen:

	nicht erforderlich	erfolgt	zugestimmt	nicht zugestimmt
Personalrat	X			
Gleichstellungsbeauftragte	X			
	vereinbar		nicht vereinbar	
Vorlage ist mit dem Leitziel der demographischen Entwicklung (XVI/420)	X			

Sachdarstellung:

Am 29.11.2012 hat ein weiteres Abstimmungsgespräch mit den Vertretern des Innenministeriums und der Kommunalaufsicht der Region Hannover stattgefunden. Gegenstand dieses Gesprächs war der gegenseitige Informationsaustausch über die bisher vorgelegten Unterlagen und die voraussichtliche Entwicklung der finanziellen Situation der Stadt vor dem Hintergrund des aktuellen Entwurfs des Haushalts 2013 und der Finanzplanung 2014 bis 2016.

Als Ergebnis ist seitens des Innenministeriums festgehalten worden (s. anl. Gesprächsvermerk vom 29.11.2012), dass die Verhandlungen über den Entschuldungsvertrag weitestgehend abgeschlossen sind, so dass er nunmehr der Kommission Entschuldungshilfe zur Beschlussfassung in deren Sitzung im Januar vorgelegt werden kann.

Voraussetzung ist aber, dass der Rat einer geänderten Fassung des Entschuldungsvertrages zustimmt und der Haushalt 2013 beschlossen wird.

Die vom Innenministerium gewünschten Änderungen sind in den anliegenden Vertragsentwurf eingearbeitet worden.

Dieser Beschlussvorlage sind beigefügt:

- Gesprächsvermerk des Innenministeriums vom 29.11.2012 (hier eingegangen am 06.12.2012)
- Schreiben des Innenministeriums vom 07.12.2012
- Überarbeitete Fassung des Entschuldungsvertrages

Gleichstellungsrelevante Aspekte, die die Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten erforderlich machen, sind nicht gegeben.